

WP-02-187 Ein Land der intakten Lebensgrundlagen

Antragsteller*in: LAG Regional- und Stadtentwicklung

Beschlussdatum: 26.10.2026

Änderungsantrag zu WP-02

Von Zeile 187 bis 193:

~~Neue Wohnungen sollen vorrangig dort entstehen, wo Wohnen, Arbeiten und Mobilität so verbunden sind, dass sie kurze Wege ermöglichen. Wir wollen deshalb vor allem dort neuen Wohnraum schaffen und nachverdichten, wo Bus und Bahn, Schulen, Kitas und andere Infrastruktur bereits gut erreichbar sind. Wir unterstützen Kommunen dabei, entsprechende Standorte zu identifizieren und aktiv zu entwickeln. Bodenwertsteigerungen, die~~ Neue Wohnungen und Arbeitsplätze wollen wir vorrangig im direkten Umfeld bestehender und verbindlich geplanter Bahnhöfe konzentrieren, denn dort lassen sich Wohnen, Arbeiten, soziale Infrastruktur und Mobilität so verbinden, dass kurze Wege entstehen. Bahnhofsnahe Flächen sollen deshalb bei der Siedlungsentwicklung Vorrang vor anderen Standorten haben und zu gemischten Quartieren entwickelt und nachverdichtet werden. Wir unterstützen Kommunen dabei, geeignete Flächen zu identifizieren und aktiv zu entwickeln. Dafür bauen wir die Landesinitiative "Bauland an der Schiene" aus und öffnen sie auch für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen. Bodenwertsteigerungen, die durch neues Baurecht an Bahnhöfen oder durch eine bessere Anbindung entstehen, wollen wir stärker nutzen, um den Ausbau des Umweltverbunds sowie

Begründung

Der bisherige Entwurf nennt Bus und Bahn, Schulen, Kitas und andere Infrastruktur gleichrangig als Kriterien für neue Wohnstandorte. Raumplanerisch ist aber vor allem der Bahnhof entscheidend: Er lässt sich nicht beliebig verlegen und bestimmt, ob ein Quartier dauerhaft ohne Auto gut erreichbar ist. Schulen, Kitas und andere soziale Infrastruktur entstehen bei größeren Wohnungsbauprojekten dagegen üblicherweise mit dem neuen Quartier. Eine Wohnbebauung an einer Schule ohne Bahnanschluss zu konzentrieren, wäre kein sinnvoller Ansatz. Der Änderungsantrag macht deshalb die Bahnhöfe zum räumlichen Ausgangspunkt und beschreibt die gute Erreichbarkeit der sozialen Infrastruktur als Ziel der Quartiersentwicklung, nicht als Voraussetzung.

Neben Wohnungen sollen auch Arbeitsplätze an Bahnhöfen entstehen. Kurze Wege und eine starke Nutzung der Schiene gelingen nur, wenn beide Enden des Arbeitswegs gut angebunden sind.

Die Formulierung „Vorrang vor anderen Standorten“ stellt klar, dass bahnhofsnahe Flächen nicht nur eine Option neben bestehenden Planungen sind. Sie sollen den Schwerpunkt der Siedlungsentwicklung bilden.

Mit der Landesinitiative „Bauland an der Schiene“ gibt es bereits ein Instrument, das Kommunen bei der Entwicklung von Flächen im Umfeld von Bahnhöfen unterstützt, zum Beispiel bei der geplanten BahnStadt Horrem in Kerpen. Daran knüpfen wir an. Die Initiative soll ausgebaut und über den Wohnungsbau hinaus für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen geöffnet werden.

Im Satz zu den Bodenwertsteigerungen wird präzisiert, wodurch diese entstehen: durch neues Baurecht an Bahnhöfen oder durch den Ausbau des Schienenangebots. Der Originaltext setzte eine „bessere Anbindung“ voraus, ohne einen solchen Ausbau zu benennen.